

Zwischen der Stadt Bochum

- vertreten durch den Oberbürgermeister -

nachstehend **A u f t r a g g e b e r i n** (AG) genannt,

und

nachstehend **A u f t r a g n e h m e r** (AN) genannt,

wird folgender Vertrag über die

Leistungen bei Freianlagen

geschlossen:

Inhaltverzeichnis

§ 1 Gegenstand des Vertrages	3
§ 2 Grundlagen des Vertrages	3
§ 3 Unterlagen zum Vertrag	4
§ 4 Leistungspflichten des Auftragnehmers, stufenweise Beauftragung	5
§ 5 Allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers	6
§ 6 Spezifische Leistungspflichten des Auftragnehmers	9
§ 7 Verpflichtungserklärung	17
§ 8 Leistungen der Auftraggeberin	17
§ 9 Fachlich Beteiligte	17
§ 10 Honorar	18
§ 11 Nebenkosten	21
§ 12 Rechnungsprüfung / Erstattungen	21
§ 13 Umsatzsteuer	22
§ 14 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers	22
§ 15 Ergänzende Vereinbarungen	23

Anlagen:

Verpflichtungserklärung Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung nach §1 des Verpflichtungsgesetzes vom 02. März 1974 (BGBl. S. 547) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl.I.S. 1942)	Anlage
Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Bochum für freiberuflich Tätige (AVB) in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung	Anlage
Besondere Vertragsbedingungen Tariftreue- und Vergabegesetz NRW	Anlage
Liste der fachlich Beteiligten (zu § 9.1)	Anlage
Aufschlüsselung der Nebenkosten	Anlage
Verpflichtungserklärung mit Gesetzesbestimmungen	Anlage
Pflichtenheft CAD	Anlage
Vorläufige Honorarermittlung/ geprüftes Honorarangebot	Anlage
	Anlage
	Anlage

§ 1 Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind die Ingenieurleistungen, Bezug nehmend auf das Leistungsbild Freianlagen § 39 i.V.m. Anlage 11.1 HOAI, für die Baumaßnahme
- 1.2 Es ist beabsichtigt, die Baumaßnahme
in einem Zuge durchzuführen
je nach Finanzierung bzw. Bewilligung der Zuwendungen in zeitlich getrennten Abschnitten durchzuführen

§ 2 Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Ergänzend zu diesem Vertrag sind Bestandteil des Vertrages neben den Anlagen, die insoweit ebenfalls Vertragsbestandteil sind, bei Widersprüchen in folgender Reihenfolge:
- 2.1.1 die Allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadt Bochum für Verträge mit freiberuflich Tätigen (AVB) in der Fassung vom
- 2.1.2 die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung
- 2.1.3 die Bestimmungen für den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB)
- 2.2 Der AN hat seinen Leistungen zu Grunde zu legen bzw. hat folgende Aufgabe zu erfüllen:
- 2.2.1 Für das Aufstellen der Entwurfsunterlage
den baufachlich genehmigten und haushaltsmäßig anerkannten Beschluss vom
~~mit~~ einer Kostenobergrenze in Höhe von EUR (für die Kostengruppen
100, 200, 500 u. 600) mit Ergänzungen und folgenden Forderungen und Anregungen der AG:
- 2.2.1.1 Wenn zum Zeitpunkt der Beauftragung noch keine Planungen als Voraussetzung für eine Kostenschätzung oder Kostenberechnung vorliegen, können die Vertragsparteien schriftlich vereinbaren, dass das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten einer Baukostenvereinbarung nach den Vorschriften dieser Verordnung berechnet wird. Dabei werden nachprüfbare Baukosten einvernehmlich festgelegt.
- 2.2.2 Für die weitere Bearbeitung:
die mit der Einverständniserklärung der AG versehene Entwurfsunterlage

die besonderen Anforderungen an das Bauvorhaben

2.3 Der AN hat über § 1 AVB hinaus folgende technische und sonstige Vorschriften, Regelwerke, Erlasse und Gutachten zu beachten:

2.4 Das Bauvorhaben unterliegt dem
Baugenehmigungsverfahren
Zustimmungsverfahren
nach den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen des Landes NRW.

§ 3 Unterlagen zum Vertrag

3.1 Dem AN werden mit Vertragsabschluss folgende Unterlagen in -facher Ausfertigung von der AG übergeben:

das baufachliche Gutachten über die Eignung des Baugrundstückes (Standortanalyse)

das bodenmechanische Gutachten

Kataster(Flur)karten, Lage- und Höhenpläne und sonstige Unterlagen vom Baugrundstück, soweit sie der AN für seine Leistungen benötigt

Bestandspläne des Gebäudes/Gebäudekomplexes mit Stand vom
in Papierform

digital

gemäß beigefügter Planliste, Anlage

folgende zusätzliche Unterlagen:

3.2 Folgende Unterlagen werden bis zum nachgereicht:

§ 4 **Leistungspflichten des Auftragnehmers, stufenweise Beauftragung**

- 4.1 Die Leistungspflichten des AN gliedern sich in allgemeine und spezifische Leistungspflichten:
- Die allgemeinen Leistungspflichten (§ 5 dieses Vertrages) sind in jeder Stufe der Beauftragung zu beachten und zu erfüllen.
 - Die spezifischen Leistungspflichten (§ 6 dieses Vertrages) sind in der jeweils beauftragten Stufe zu erbringen.
 - Besondere Leistungen

- 4.2 Die Beauftragung erfolgt in Leistungsphasen.

Die AG behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen oder auf einzelne Abschnitte der Baumaßnahme zu beschränken.

Die AG beauftragt den AN mit der Erbringung der Leistungsphase 1 gemäß § 6.1.

Die AG beauftragt den AN mit der Erbringung der Leistungsphase(n)
gemäß § 6. bis § 6.

Die Beauftragung ist beschränkt auf den Bauabschnitt

- 4.3 Die AG beabsichtigt, bei Fortsetzung der Planung und Ausführung der Baumaßnahme den AN mit weiteren Leistungennach § 6. bis § 6. einzeln oder im Ganzen zu beauftragen. Diese weitere Beauftragung erfolgt schriftlich auf der Grundlage der HOAI und dieses Vertrages.

Wesentliche Voraussetzungen für die weitere Beauftragung ist die Einhaltung der vorgegebenen Kostenobergrenze gemäß § 2, Nr. 2.2.1 und die Billigung bzw. Genehmigung der Entwurfsunterlage durch die AG.

Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung weiterer Leistungsphasen besteht nicht. Der AN ist verpflichtet, Leistungen der weiteren Leistungsphasen zu erbringen, wenn die AG sie ihm überträgt und zwischen der Erbringung der letzten vom AN ausgeführten Leistung und der Beauftragung ein Zeitraum von nicht mehr als 4 Monaten liegt. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der AN keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

- 4.4 Ein nach § 9 HOAI berechnetes Honorar wird für den Fall der Übertragung weiterer Leistungen auf das Gesamthonorar angerechnet. Der Differenzbetrag wird bei der Schlussrechnung abgezogen.

- 4.5 Eine Anpassung dieses Vertrages sowie der daraus resultierenden Honorare an nach Vertragsabschluss novellierte Honorarordnungen ist ausgeschlossen.

§ 5 Allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers

- 5.1 Der AN ist verpflichtet, auf der Grundlage der §§ 2 und 3 dieses Vertrages die zur Realisierung der in § 1 bezeichneten Baumaßnahme erforderlichen Leistungen in allen beauftragten Leistungsstufen so zu erbringen, dass die Baumaßnahme gemäß den nachfolgenden Vorgaben mängelfrei durchgeführt werden kann.
- 5.2 **Quantitäten/Qualitäten**
Der AN ist verpflichtet, die in der Entwurfsunterlage (s. § 2, Nr. 2.2) vorgegebenen Quantitäts- und Qualitätsziele umzusetzen. Diese sind bei Bedarf in Abstimmung mit der AG zu präzisieren. Die Vorgaben der genehmigten Haushaltsunterlagen sind verbindlich; Abweichungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AG.
- 5.3 **Kosten**
- 5.3.1 Die Baukosten für die Baumaßnahme dürfen die in § 2, Nr. 2.2 genannte Kostenobergrenze nicht überschreiten. Diese Kosten umfassen die Kostengruppen 100, 200, 500 und 600 nach DIN 276-1 (Fassung 12/2008).

Der AN hat seine Leistungen so zu erbringen und seine Planung ggf. so anzupassen, dass diese Kostenobergrenze eingehalten wird.

Unabhängig von der Beachtung der Kostenobergrenze hat der AN alle Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten für Bau und Betrieb des Gebäudes unter Beachtung der vorgegebenen Quantitäts-, Qualitäts- und Terminziele unter Wahrung des von der AG gebilligten Planungskonzeptes auszuschöpfen. Er hat dabei die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowohl beim Bau wie beim Betrieb des Gebäudes einzeln wie im Zusammenhang zu beachten.

Die Planung muss Betriebsabläufe funktionell optimieren und ermöglichen, die künftigen Betriebs- und Unterhaltungskosten des Objektes in Abhängigkeit von den funktionalen Nutzungszielen gering zu halten.

Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die absehbaren Betriebs-, Verbrauchs- oder Instandhaltungskosten so steigen, dass die Einsparungen dadurch ausgeglichen werden.

- 5.4 **Termine**
- 5.4.1 Zur Realisierung des Bauvorhabens ist beabsichtigt, folgende Termine einzuhalten:
- a. Baubeginn
 - b. Fertigstellungstermin
 - c. Beginn der Inbetriebnahmephase
 - d.
 - e.
- 5.4.2 Die nach Vorliegen der Entwurfsunterlage (§ 2, Nr. 2.2 .1) mit dem Auftraggeber abgestimmten Termine für:
- a. Vorlage der Ausschreibungsunterlagen
 - b. Baubeginn
 - c. Fertigstellung
 - d. Bauübergabe
 - e.
- werden Vertragsfristen.

- 5.4.3 Der AN erarbeitet in Abstimmung mit der AG den Zeit- und Ablaufplan, der nach Genehmigung durch die AG verbindlich wird und Vertragstermine enthält. Für eine Fortschreibung des Zeit- und Ablaufplans und der darauf aufbauenden weiteren Terminpläne gilt das vorgenannte Verfahren entsprechend.
- 5.4.4 Die AG bzw. der von der AG beauftragte Projektsteuerer erarbeitet auf der Grundlage der Termine gemäß § 5, Nr.5.4.1 und 5.4.2 in Abstimmung mit dem AN einen differenzierten Zeit- und Ablaufplan, der nach Anhörung von der AG für verbindlich erklärt wird; die AG hat dabei die Interessen des AN angemessen zu berücksichtigen.
Für eine Fortschreibung des Zeit- und Ablaufplanes und der darauf aufbauenden weiteren Terminpläne gilt das vorgenannte Verfahren entsprechend.
Die Verantwortung des AN für die Einhaltung der Terminpläne bleibt durch die Beauftragung des Projektsteuerers unberührt.
- 5.5 Erreichen der Projektziele
- 5.5.1 Der AN hat Anordnungen der AG unverzüglich daraufhin zu überprüfen, ob sie die vertraglich vereinbarten Kosten-, Quantitäts-, Qualitäts-, Termin- oder sonstigen Vorgaben gefährden. Hat der AN insoweit Bedenken, ist er verpflichtet, sie substantiiert schriftlich darzulegen.
- 5.5.2 Wird erkennbar, dass die Kostenobergrenze nicht eingehalten, die quantitativen und qualitativen Ziele oder die vereinbarten Termine mit der bisherigen Planung, nach dem Ergebnis der Ausschreibung von Leistungen oder dem bisher vorgesehenen Bauablauf nicht erreicht werden können, hat der AN die AG unverzüglich zu unterrichten und die aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Quantitäten, Qualitäten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objektes darzulegen, so dass diese Ziele und insbesondere die Kostenobergrenze doch noch eingehalten werden können.
- 5.5.3 Billigt die AG Planungsergebnisse des AN im Rahmen einer Leistungsstufe für die weitere Bearbeitung, ist der AN verpflichtet, seine weiterführenden Arbeiten auf die darin enthaltenen gestalterischen, wirtschaftlichen und funktionalen Anforderungen aufzubauen. Die Billigung von Planungsergebnissen durch die AG befreit den AN jedoch nicht von seiner Verantwortung für die vertragsgerechte Qualität seiner Planungen und die fachtechnisch richtige Umsetzung sowie die Mängelfreiheit der sie realisierenden Leistungen.
- 5.6 Leistungsänderungen
- 5.6.1 Die AG ist berechtigt, die vereinbarten Quantitäts-, Qualitäts-, Kosten- und Terminvorgaben zu ändern oder zu ergänzen, soweit dies wegen der Kosten- und Terminentwicklung, geänderten Bauprogramms oder anderer qualitativer, funktionaler oder besonderer technischer Anforderungen erforderlich wird.
- 5.6.2 Werden über die vereinbarten Planungsleistungen hinaus andere oder weitere Planungsleistungen zur Erfüllung oder Optimierung der vereinbarten Quantitäts-, Qualitäts-, Kosten- und Terminvorgaben erforderlich, so hat sie der AN nach schriftlicher Aufforderung durch die AG zu erbringen, es sei denn, sein Büro ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet.
- 5.7 Behandlung von Unterlagen
- 5.7.1 Der AN hat sämtliche ihm von der AG zur Verfügung gestellten Unterlagen unverzüglich zu sichten und die AG zu unterrichten, wenn er feststellt, dass sie unvollständig oder unzutreffend sind oder ihre Beachtung als Grundlage der Planung und Ausführung mit den vereinbarten Quantitäts-, Qualitäts-, Kosten- und Terminvorgaben nicht vereinbar ist.
- 5.7.2 Der AN hat Zeichnungen, Beschreibungen, Berechnungen und sonstige Unterlagen DIN-gemäß zu erstellen, aufeinander abzustimmen und sachlich in sich schlüssig der AG vorzulegen. Sie müssen den Vorgaben der AG entsprechen.

- 5.7.3 Die vom AN vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen einschließlich der Leistungsverzeichnisse und Berechnungen sind der AG in kopier- und pausfähiger Ausführung sowie in digitaler Form über die vom AG bereitgestellte Plattform (z.Zt. Nextcloud) zu übermitteln. Sie haben die speziellen Anforderungen der AG einzuhalten.

Von sämtlichen Zeichnungen sind der AG Testatexemplare in zweifacher Ausfertigung zur Freigabe vorzulegen. Der AN erhält eine Ausfertigung, ggf. mit Korrektur eintragungen zurück. Die Korrekturen sind in die Ausführungszeichnungen zu übernehmen und diese sind der AG erneut zur Freigabe vorzulegen.

Kosten jeglicher Art, die durch die Verwendung von nicht freigegebenen Zeichnungen durch den AN entstehen, gehen zu seinen Lasten. Etwaige weitergehende Schadensersatzansprüche der AG bleiben hiervon unberührt.

Änderungen an genehmigten Zeichnungen sind nur über ein neues Genehmigungsverfahren zulässig.

Die von den Zeichnungen angefertigten Vervielfältigungen sind vom AN im nötigen Umfang weiter zu bearbeiten, normengerecht farbig oder mit Symbolen anzulegen, DIN-gemäß zu falten und in Ordnern vorzulegen. Werden Unterlagen in digitaler Form vorgelegt, sind die speziellen Vorgaben einzuhalten.

Der Auftragnehmer stellt folgende, für die Baumaßnahme notwendige Vervielfältigungen zur Verfügung:

Für die Leistungsphase 1 in	-facher Ausfertigung
Für die Leistungsphase 2 in	-facher Ausfertigung
Für die Leistungsphase 3 in	-facher Ausfertigung
Für die Leistungsphase 4 in	-facher Ausfertigung
Für die Leistungsphase 5 in	-facher Ausfertigung
Für die Leistungsphase 6 in	-facher Ausfertigung
Für die Leistungsphase 7 in	-facher Ausfertigung
Für die Leistungsphase 8 in	-facher Ausfertigung
Für die Leistungsphase 9 in	-facher Ausfertigung

Die Baubestandszeichnungen sind nach dem Muster der Stadt Bochum anzufertigen.

- 5.7.4 Der AN hat sicherzustellen, dass seine Arbeitsergebnisse über die DV-Anlagen der AG und der übrigen fachlich Beteiligten ausgetauscht werden können.

Eingesetzte Software der AG

- a. Die AG verwendet für die Ausschreibung und Vergabe das Programm RIBi TWO®, Edition 2016 Version 6.2.703 (64-bit) der RIB Software AG. Die Leistungsverzeichnisse sind entsprechend dieser Programmsystematik aufzustellen. Wird vom AN ein anderes Programm zur Erstellung der Leistungsverzeichnisse verwendet, so ist die Kompatibilität über die GEAB-Schnittstelle im Format GAEB 90 XML/ 2000 / vorzugsweise DA sicherzustellen.
- b. Alle Zeichnungsunterlagen sind im dxf- bzw. dwg-Format und mit AutoCAD® 2013 einlesbar abzugeben. Sie sind gemäß den Vorgaben zum CAD-Datenaustausch herzustellen. Sämtliche Pläne und Zeichnungen sind der AG ebenfalls im pdf-Format zur Verfügung zu stellen. Die pdf-Dokumente dürfen nicht mit Dokumentenschutz versehen werden, ihr Text muss in Auszügen kopierbar sein und die Dokumente müssen kopierbar sein. Der AN hat für die Dokumentation aller Leistungsphasen sämtliche Zeichnungen einschließlich Werkplanung auch als DWG/DXF-Dateien sowie maßstäblichen pdf-Dateien (ohne Dokumenteinschränkungen) der AG zu übergeben.

c. Alle Schriftstücke sind vorzugsweise pdf-kompatibel, bei bearbeitbaren Dateien Office 2013-kompatibel abzugeben.

d. Terminpläne sind im Format PDF zu übergeben.

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die an die AG übergebenen Medien virenfrei sind. Für Schäden, die durch virenbefallene Datenträger des AN im Computersystem oder am Bauwerk der AG entstehen, haftet der AN.

Zur Prüfung der Kompatibilität der DV-Systeme ist der Datenaustausch zwischen AN, AG und den fachlich Beteiligten praktisch zu testen. Die digitalen Daten müssen problemlos von der AG und den fachlich Beteiligten eingelesen und weiterbearbeitet werden können.

5.7.5 Der AN unterzeichnet die von ihm gefertigten Unterlagen als "Verfasser".
Der AN hat die Planungsunterlagen, soweit ein Baugenehmigungsverfahren durchgeführt wird, als Entwurfsverfasser und in allen anderen Fällen (Zustimmungsverfahren, Kenntnisgabe) als Planverfasser zu unterzeichnen.

5.8 Koordination
Der AN hat die fachlich Beteiligten in jeder Leistungsstufe zeitlich und sachlich so zu koordinieren bzw. abzustimmen, dass sich die einzelne Fachplanung zielgerichtet in die Objektplanung integrieren lässt.

§ 6 Spezifische Leistungspflichten des Auftragnehmers

Der AN hat folgende Leistungen aus dem Leistungsbild "Freianlagen" nach § 38 HOAI in Verbindung mit Anlage 11 HOAI zu erbringen:

6.1 Grundlagenermittlung, das sind

6.1.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase:

- a. Klären der Aufgabenstellung auf Grund der Vorgaben oder der Bedarfsplanung der AG oder vorliegender Planungs- und Genehmigungsunterlagen
- b. Ortsbesichtigung
- c. Beraten zum gesamten Leistungs- und Untersuchungsbedarf
- d. Formulieren der Entscheidungshilfen für die Auswahl anderer an der Planung fachlich Beteiligter
- e. Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse

6.1.2 daneben als besondere Leistung in der Leistungsphase:

Mitwirken bei der öffentlichen Erschließung

Kartieren und Untersuchen des Bestandes, Floristische oder Faunistische Kartierungen

Begutachtung des Standortes mit besonderen Methoden, zum Beispiel Bodenanalysen

Beschaffen bzw. Aktualisieren bestehender Planunterlagen, Erstellen von Bestandskarten

6.2 Vorplanung (Projekt- u. Planungsvorbereitung), das sind:

6.2.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase:

- a. Analysieren der Grundlagen, Abstimmen der Leistungen mit den fachlich an der Planung Beteiligten

- b. Abstimmen der Zielvorstellungen
- c. Erfassen, Bewerten und Erläutern der Wechselwirkungen im Ökosystem
- d. Erarbeiten eines Planungskonzepts einschließlich Untersuchen und Bewerten von Varianten nach gleichen Anforderungen unter Berücksichtigung zum Beispiel
 - der Topografie und der weiteren standörtlichen und ökologischen Rahmenbedingungen,
 - der Umweltbelange einschließlich der natur- und artenschutzrechtlichen Anforderungen und der vegetationstechnischen Bedingungen,
 - der gestalterischen und funktionalen Anforderungen,
 - Klären der wesentlichen Zusammenhänge, Vorgänge und Bedingungen,
 - Abstimmen oder Koordinieren unter Integration der Beiträge anderer an der Planung Beteiligter
- e. Darstellen des Vorentwurfs mit Erläuterungen und Angaben zum terminlichen Ablauf
- f. Kostenschätzung, zum Beispiel nach DIN 276, Vergleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen
- g. Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Vorplanungsergebnisse

wobei die nachstehend aufgeführten Unterlagen/Leistungen wie folgt zu erbringen sind:

- Übersichtsplan (Ausschnitt aus dem Stadtplan i.M. 1:15000)
- Lageplan i.M. 1:500
- alle für die Vorplanung erforderlichen Grundrisse, Ansichten und Schnitte i.M.
- Erläuterungsberichte mit Baubeschreibung und Angaben über die wesentlichen Konstruktionen und Baustoffe nach den Vorgaben der AG
- Kostenschätzung nach DIN 276-1, Fassung Dezember 2008-12

6.2.2 daneben als besondere Leistung in der Leistungsphase:

Umweltfolgenabschätzung

Bestandsaufnahme, Vermessung

Fotodokumentation

Mitwirken bei der Beantragung von Fördermitteln und Beschäftigungsmaßnahmen

Erarbeiten von Unterlagen für besondere technische Prüfverfahren

Beurteilen und Bewerten der vorhandenen Bausubstanz, Bauteile, Materialien, Einbauten und oder zu schützenden oder zu erhaltenden Gehölze oder Vegetationsbestände

6.3 Entwurfsplanung (System- und Integrationsplanung), das sind

6.3.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase:

- a. Erarbeiten der Entwurfsplanung auf Grundlage der Vorplanung unter Vertiefung zum Beispiel der gestalterischen, funktionalen, wirtschaftlichen, standörtlichen, ökologischen, natur- und artenschutzrechtlichen Anforderungen; Abstimmen oder Koordinieren unter Integration der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter
- b. Abstimmen der Planung mit zu beteiligenden Stellen und Behörden

- c. Darstellen des Entwurfs zum Beispiel im Maßstab 1:500 bis 1:100, mit erforderlichen Angaben insbesondere
 - zur Bepflanzung,
 - zu Materialien und Ausstattungen,
 - zu Maßnahmen auf Grund rechtlicher Vorgaben
 - zum terminlichen Ablauf
- d. Objektbeschreibung mit Erläuterung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach Maßgabe der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung
- e. Kostenberechnung, zum Beispiel nach DIN 276 einschließlich zugehöriger Mengenermittlung
- f. Vergleich der Kostenberechnung mit der Kostenschätzung
- g. Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Entwurfsplanungsergebnisse

wobei die nachstehend aufgeführten Unterlagen/Leistungen wie folgt zu erbringen sind:

- Übersichtsplan (Ausschnitt aus dem Stadtplan i.M. 1:15000)
- Lageplan i.M.
- alle Grundrisse, Längs- und Querschnitte sowie Ansichten i.M.
unter Berücksichtigung der Vorschläge der fachlich Beteiligten mit den für Flächen-, Raum- und Festigkeitsberechnungen erforderlichen Maßen sowie den Sinnbildern für die wesentlichen oder raumbestimmenden Einrichtungen sowie den notwendigen Angaben zur Gründung des Bauwerkes

6.3.2 daneben als besondere Leistung in der Leistungsphase:

- Mitwirken beim Beschaffen nachbarlicher Zustimmungen
- Erarbeiten besonderer Darstellungen, zum Beispiel Modelle, Perspektiven, Animationen
- Beteiligung von externen Initiativ- und Betroffenenengruppen bei Planung und Ausführung
- Mitwirken bei Beteiligungsverfahren oder Workshops
- Mieter- oder Nutzerbefragungen
- Erarbeiten von Ausarbeitungen nach den Anforderungen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sowie des besonderen Arten- und Biotopschutzrechtes, Eingriffsgutachten, Eingriffs- oder Ausgleichsbilanz nach landesrechtlichen Regelungen
- Mitwirken beim Erstellen von Kostenaufstellungen und Planunterlagen für Vermarktung und Vertrieb
- Erstellen und Zusammenstellen von Unterlagen für die Beauftragung von Dritten (Sachverständigenbeauftragung)
- Mitwirken bei der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln und Beschäftigungsmaßnahmen
- Abrufen von Fördermitteln nach Vergleich mit den Ist-Kosten (Baufinanzierungsleistung)
- Mitwirkung bei der Finanzierungsplanung
- Erstellen einer Kosten-Nutzen-Analyse
- Aufstellen und Berechnen von Lebenszykluskosten

6.4 Genehmigungsplanung, das sind

6.4.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase:

- a. Erarbeiten und Zusammenstellen der Vorlagen und Nachweise für öffentlich-rechtliche Genehmigungen oder Zustimmungen einschließlich der Anträge auf Ausnahmen und Befreiungen, sowie notwendiger Verhandlungen mit Behörden unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter
- b. Einreichen der Vorlagen
- c. Ergänzen und Anpassen der Planungsunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen,

wobei die nachstehend aufgeführten Unterlagen/Leistungen wie folgt zu erbringen sind:

- Übersichtsplan (Ausschnitt aus dem Stadtplan i.M. 1:15000)
- Lageplan i.M.
- alle Grundrisse, Längs- und Querschnitte sowie Ansichten i.M.
unter Berücksichtigung der Vorschläge der fachlich Beteiligten mit den für Flächen-, Raum- und Festigkeitsberechnungen erforderlichen Maßen sowie den Sinnbildern für die wesentlichen oder raumbestimmenden Einrichtungen sowie den notwendigen Angaben zur Gründung des Bauwerkes

6.4.2 daneben als besondere Leistung in der Leistungsphase:

Teilnahme an Sitzungen in politischen Gremien oder im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen

Erstellen von landschaftspflegerischen Fachbeiträgen oder natur- und artenschutzrechtlichen Beiträgen

Mitwirken beim Einholen von Genehmigungen und Erlaubnissen nach Naturschutz-, Fach- und Satzungsrecht

Erfassen, Bewerten und Darstellen des Bestandes gemäß Ortssatzung

Erstellen von Rodungs- und Baumfällanträgen

Erstellen von Genehmigungsunterlagen und Anträgen nach besonderen Anforderungen

Erstellen eines Überflutungsnachweises für Grundstücke

Prüfen von Unterlagen der Planfeststellung auf Übereinstimmung mit der Planung

6.5 Ausführungsplanung, das sind

6.5.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase:

- a. Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Entwurfs- und Genehmigungsplanung bis zur ausführungsreifen Lösung als Grundlage für die weiteren Leistungsphasen
- b. Erstellen von Plänen oder Beschreibungen, je nach Art des Bauvorhabens, zum Beispiel im Maßstab 1:200 bis 1:50
- c. Abstimmen oder Koordinieren unter Integration der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter
- d. Darstellen der Freianlagen mit den für die Ausführung notwendigen Angaben, Detail- oder Konstruktionszeichnungen, insbesondere
 - zu Oberflächenmaterial, -befestigungen und -relief
 - zu ober- und unterirdischen Einbauten und Ausstattungen

- zur Vegetation mit Angaben zu Arten, Sorten und Qualitäten
- zu landschaftspflegerischen, naturschutzfachlichen oder artenschutzrechtlichen Maßnahmen

e. Fortschreiben der Angaben zum terminlichen Ablauf

f. Fortschreiben der Ausführungsplanung während der Objektausführung

einschließlich aller erforderlichen Nachweise über die Genehmigung hinaus, entsprechend der für die Ausführung vorgesehenen Materialien, Konstruktionen und Detailplanungen; sie sind in einem solchen Umfang zu erbringen, dass eine einwandfreie Ausführung gewährleistet ist. Die Zeichnungen sind als Ausführungszeichnungen zu kennzeichnen; endgültige vollständige Ausführungs-, Detail- und Konstruktionszeichnung i.M. 1:50 bis 1:1 nach Erfordernis

6.5.2 daneben als besondere Leistung in der Leistungsphase:

Erarbeitung von Unterlagen für besondere technische Prüfverfahren (zum Beispiel Lastplattendruckversuche)

Auswahl von Pflanzen beim Lieferanten (Erzeuger)

6.6 Vorbereitung der Vergabe, das sind

6.6.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase:

- a. Aufstellen von Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen
- b. Ermitteln und Zusammenstellen von Mengen auf Grundlage der Ausführungsplanung
- c. Abstimmen oder Koordinieren der Leistungsbeschreibungen mit den an der Planung fachlich Beteiligten
- d. Aufstellen eines Terminplans unter Berücksichtigung jahreszeitlicher, bauablaufbedingter und witterungsbedingter Erfordernisse
- e. Ermitteln der Kosten auf Grundlage der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse
- f. Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung
- g. Zusammenstellen der Vergabeunterlagen für alle Leistungsbereiche

wobei für das Aufstellen der Leistungsverzeichnisse die verschiedenen Standardleistungsbücher (StLB) des gemeinsamen Ausschusses "Elektronik im Bauwesen" (GAEB) verwendet werden sollen. Soweit StLB-Texte nicht vorhanden sind, ist die Leistung durch freie Texte zu beschreiben.

Die Mengen zur Aufstellung der Verdingungsunterlagen sind exakt zu ermitteln. Sie dürfen nur in Ausnahmefällen überschritten werden.

6.6.2 daneben als besondere Leistung in der Leistungsphase:

Alternative Leistungsbeschreibung für geschlossene Leistungsbereiche

Besondere Ausarbeitungen zum Beispiel für Selbsthilfearbeiten

6.7 Mitwirkung bei der Vergabe, das sind

6.7.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase, einschließlich Erstellung der notwendigen, nach Leistungsverzeichnissen getrennten Vergabevermerke:

- a. Einholen von Angeboten

- b. Prüfen und Werten der Angebote einschließlich Aufstellen eines Preisspiegels nach Einzelpositionen oder Teilleistungen, Prüfen und Werten der Angebote zusätzlicher und geänderter Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise
 - c. Führen von Bietergesprächen
 - d. Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens
 - e. Zusammenstellen der Vertragsunterlagen
 - f. Kostenkontrolle durch Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit dem vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung
 - g. Mitwirken bei der Auftragserteilung
- 6.8 Objektüberwachung (Bauüberwachung) und Dokumentation, das sind
- 6.8.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase:
- a. Überwachen der Ausführung des Objekts auf Übereinstimmung mit der Genehmigung oder Zustimmung, den Verträgen mit ausführenden Unternehmen, den Ausführungsunterlagen, den einschlägigen Vorschriften sowie mit den allgemein anerkannten Regeln der Technik
 - b. Überprüfen von Pflanzen- und Materiallieferungen
 - c. Abstimmen mit den oder Koordinieren der an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten
 - d. Fortschreiben und Überwachen des Terminplans unter Berücksichtigung jahreszeitlicher, bauablaufbedingter und witterungsbedingter Erfordernisse
 - e. Dokumentation des Bauablaufes (zum Beispiel Bautagebuch), Feststellen des Anwuchsergebnisses
 - f. Mitwirken beim Aufmaß mit den bauausführenden Unternehmen
 - g. Rechnungsprüfung einschließlich Prüfen der Aufmäße der ausführenden Unternehmen
 - h. Vergleich der Ergebnisse der Rechnungsprüfungen mit den Auftragssummen einschließlich Nachträgen
 - i. Organisation der Abnahme der Bauleistungen unter Mitwirkung anderer an der Planung und Objektüberwachung fachlich Beteiligter, Feststellung von Mängeln, Abnahmeempfehlung für den Auftraggeber
 - j. Antrag auf öffentlich-rechtliche Abnahmen und Teilnahme daran
 - k. Übergabe des Objektes
 - l. Überwachen der Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel
 - m. Auflisten der Verjährungsfristen für Mängelansprüche
 - n. Überwachen der Fertigstellungspflege bei vegetationstechnischen Maßnahmen
 - o. Kostenkontrolle durch Überprüfen der Leistungsabrechnung der bauausführenden Unternehmen im Vergleich zu den Vertragspreisen
 - p. Kostenfeststellung, zum Beispiel nach DIN 276
 - q. Systematische Zusammenstellung der Dokumentation, zeichnerischen Darstellungen und rechnerischen Ergebnisse des Objekts

6.8.2 daneben als besondere Leistung in der Leistungsphase:

Dokumentation des Bauablaufs nach besonderen Anforderungen des Auftraggebers

Fachliches Mitwirken bei Gerichtsverfahren

Bauoberleitung, künstlerische Oberleitung

Erstellen einer Freianlagenbestandsdokumentation

6.8.2.1 bei der Behandlung der Rechnungsunterlagen sind die Leistungen wie folgt zu erbringen:

Die AG versieht die Rechnungen der bauausführenden Unternehmen mit Eingangsvermerken und leitet sie dem AN zu. Dieser hat sie ebenfalls mit Eingangsvermerken zu versehen. Unmittelbar beim AN eingehende Rechnungen sind der AG unverzüglich zur Erfassung vorzulegen.

Massenberechnungen, Abrechnungszeichnungen und Kostenrechnungen sind in fachtechnischer und rechnerischer Hinsicht unverzüglich und vollständig zu prüfen. Das gilt insbesondere auch für die Prüfung von Schlussrechnungen. Hierbei sind die Fristen der VOB/B unter Berücksichtigung eines angemessenen Zeitraumes für die Aufgaben der AG unbedingt einzuhalten. Zum Zeichen der Prüfung hat der Auftragnehmer alle Ansätze und Beträge abzustreichen. Die Prüfung der rechnerischen Richtigkeit von Massenberechnungen und Rechnungen ist durch Vergleich mit den von der Auftraggeberin maschinell aufgestellten Massenberechnungen und Rechnungsleistungsverzeichnissen durch den Auftragnehmer vorzunehmen.

Massenberechnungen, Abrechnungszeichnungen und andere Abrechnungsbelege sind mit folgender Bescheinigung zu versehen:

In allen Teilen geprüft und mit den entsprechenden Änderungen für richtig befunden.

Ort, Datum, Unterschrift des AN

Die Rechnungen sind neben dem Eingangsvermerk mit folgender Bescheinigung zu versehen:

In allen Teilen geprüft und mit den aus der Rechnung ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

Fachtechnisch und rechnerisch richtig.

Endbetrag: EUR

Ort, Datum, Unterschrift des AN

Nach Abgabe der Bescheinigung sind die Rechnungen unter Beifügung der zur Begründung im Einzelnen dienenden Unterlagen der Auftraggeberin unverzüglich auszuhändigen.

Mit den Bescheinigungen übernimmt der Auftragnehmer auch in Fällen, in denen diese Bescheinigung durch seinen Erfüllungsgehilfen abgegeben werden, die Verantwortung dafür, dass:

nach den geltenden Verwaltungsvorschriften und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verfahren worden ist,

- die Lieferung oder Leistung als solche und auch die Art ihrer Ausführung geboten war,
- die Lieferung oder Leistung entsprechend der zugrundeliegenden Vereinbarung oder Bestellung sachgemäß und vollständig ausgeführt worden ist,
- die Vertragspreise eingehalten wurden und
- alle Maße, Mengen, Einzelansätze und Berechnungen richtig sind.

- 6.8.2.2 Der AN ist verpflichtet, an der Baustelle von Beginn der Arbeiten bis zur Abnahme des Bauwerkes ein Baubüro ausreichend zu besetzen. Die Räume für dieses Baubüro werden von der AG kostenlos zur Verfügung gestellt einschließlich der Einrichtung, Beleuchtung, Beheizung und eines Fernsprechanchlusses. Die Telefongrund- und Gesprächsgebühren sind vom Auftragnehmer zu tragen.
- 6.8.2.3 Der AN ist verpflichtet, an der Baustelle von Beginn der Arbeiten bis zur Abnahme des Bauwerkes ein Baubüro zur Verfügung zu stellen, einzurichten und ausreichend zu besetzen. Die Einrichtung hat mit Beleuchtung, Beheizung und einem Fernsprechanschluss zu erfolgen. Die Telefongrund- und Gesprächsgebühren sind vom Auftragnehmer zu tragen. Die Kosten dieses Büros sind, einschließlich aller Nebenkosten vom AN zu tragen.
- 6.8.2.4 Der AN ist nicht verpflichtet, an der Baustelle ein Baubüro zu besetzen.
- 6.8.2.5 Die mit dem Überwachen der Bauausführung Beauftragten müssen grundsätzlich über eine abgeschlossene Fachausbildung (Dipl.-Ing. TH/FH, Bachelor oder Master of Engineering) und eine angemessene Baustellenpraxis -in der Regel von drei Jahren- verfügen. Der örtliche Vertreter des AN auf der Baustelle ist der AG vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benennen; ein Wechsel des örtlichen Vertreters des Auftragnehmers ist nur mit Zustimmung der AG zulässig.
Die AG hat das Recht, den örtlichen Vertreter bzw. die örtlichen Vertreter des AN gegen geeignete Vertreter auswechseln zu lassen, wenn sie die örtlichen Vertreter fachlich oder persönlich für ungeeignet hält.
- 6.8.2.6 Der AN hat ein Bautagebuch gemäß § 39 HOAI in Verbindung mit der Anlage 11.1 HOAI zu führen, es der AG auf Verlangen vorzulegen und ihr mit der Endabrechnung zu überlassen.
- 6.8.2.7 Zum Nachweis aller Leistungen, ausgenommen solcher, die durch fachlich Beteiligte überwacht werden, ist die Ausführungsplanung der tatsächlichen Ausführung (Bestandspläne) entsprechend während der Bauzeit zu ergänzen bzw. anzupassen und wie folgt zu bescheinigen:
- | |
|--|
| <p>Stimmt mit der Ausführung überein.</p> <p>Ort, Datum, Unterschrift des AN</p> |
|--|
- 6.9 Objektbetreuung, das sind
- 6.9.1 folgende Grundleistungen dieser Leistungsphase:
- Fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche festgestellten Mängel, längstens jedoch bis zum Ablauf von fünf Jahren seit Abnahme der Leistung, einschließlich notwendiger Begehungen
 - Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche gegenüber den ausführenden Unternehmen
 - Mitwirken bei der Freigabe von Sicherheitsleistungen
- 6.9.2 daneben als besondere Leistung in der Leistungsphase:
- Überwachen der Entwicklungs- und Unterhaltungspflege
 - Überwachen von Wartungsleistungen
 - Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist
- 6.9.3 Gestellung von Unterlagen und Mithilfe zur Aufstellung eines Verwendungsnachweises.

§ 7 Verpflichtungserklärung

Der AN verpflichtet sich, auf Verlangen der AG rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeiten eine Verpflichtungserklärung gemäß Anlage über die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten nach dem Verpflichtungsgesetz vor der von der AG angegebenen Behörde/ Stelle mündlich abzugeben.

Er hat dafür zu sorgen, dass gegebenenfalls auch seine, mit den Leistungen fachlich betrauten Beschäftigten gegenüber der AG ebenfalls rechtzeitig eine solche Verpflichtungserklärung vor der angegebenen Behörde/ Stelle abgeben.

§ 8 Leistungen der Auftraggeberin

Folgende Leistungen werden von der AG erbracht:

- 8.1 Die Vermessung des Baugeländes.
- 8.2 Bereitstellung folgender Unterlagen:
 - 8.3 Die AG bestätigt die Freigabe der einzelnen Leistungsphasen dem AN schriftlich.
 - 8.4 Vervielfältigung sämtlicher vom AN vorzulegenden Zeichnungen, Leistungsverzeichnisse, Beschreibungen und Berechnungen mit Ausnahme der in §5 Nr. 5.7.3 genannten Testatexemplare und Vervielfältigungen, sämtlicher Arbeitskopien und der erforderlichen Korrekturabzüge der v. g. Leistungsverzeichnisse, Beschreibungen und Berechnungen.
 - 8.5 Im Zuge des Vergabevorganges:
 - Zusammenstellen der Unterlagen, Festlegen der Vergabeart, Auswahl der aufzufordernden Unternehmen, Einholen der Angebote, Führen der Verhandlungen mit Bietern, Auftragserteilung.
 - 8.6 Fertigung der Zahlungsanordnungen unter Beifügung der vom AN geprüften und bescheinigten Kostenrechnungen.
 - 8.7 Veranlassung der Zahlungen (Abschlags-/Schlusszahlungen).
 - 8.8 Planungsergebnisse anderer Planungsbeteiligter, die diese Maßnahme betreffen, werden dem AN unaufgefordert zur Verfügung gestellt.
 - 8.9 Besondere Leistungen wie:

§ 9 Fachlich Beteiligte

- 9.1 Fachlich Beteiligte

Für die Erbringung aufgeführter Leistungen sind die in der Anlage genannten Fachplaner vorgesehen bzw. bereits beauftragt.

9.2 Das Projekt wird unter Beteiligung eines Projektsteuerers durchgeführt.

Der Projektsteuerer ist bevollmächtigt, die Rechte der AG zur Realisierung der in § 5 vereinbarten Quantitäts-, Qualitäts-, Kosten- und Terminvorgaben gegenüber dem AN und den Fachplanern wahrzunehmen.

§ 10 Honorar

Der AN erhält für seine Leistungen ein Honorar, das nach den Regelungen der HOAI und dieses Vertrages ermittelt wird. Die Honorarermittlung wird wie folgt vereinbart:

10.1 Die anrechenbaren Kosten nach den §§ 6 und 38 der HOAI werden

für die Leistungen nach § 6, Nr. 6.1 bis 6.4 dieses Vertrages auf der Grundlage einer mangelfreien Kostenberechnung, ohne Umsatzsteuer, ermittelt. Solange diese nicht vorliegt, ist eine mangelfreie Kostenschätzung ohne Umsatzsteuer zugrunde zu legen.

für die Leistungen nach § 6, Nr. 6.5 - 6.9 dieses Vertrages auf der Grundlage einer mangelfreien Kostenberechnung ohne Umsatzsteuer ermittelt. Solange diese nicht vorliegt, ist eine mangelfreie Kostenschätzung ohne Umsatzsteuer zugrunde zu legen.

10.2 Die anrechenbaren Kosten nach §§ 6 und 38 HOAI werden für die Leistungen nach § 6, Nr. 6.1 bis 6.9 dieses Vertrages

auf Grundlage einer mangelfreien Kostenschätzung ohne Umsatzsteuer ermittelt

auf Grundlage einer mangelfreien Kostenberechnung ohne Umsatzsteuer ermittelt

Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages wird die jeweils vorangegangene, von der AG anerkannte Kostenermittlungsstufe angewendet.

10.3 Bei Leistungen im Bestand, Umbauten und Modernisierungen:

Gemäß §§ 6 Abs. 2 S.2, 40 Abs. 6 HOAI wird ein Umbauzuschlag von v.H. vereinbart.

Die mitzuverarbeitende Bausubstanz im Sinne von §§ 2 Abs. 7, 4 Abs. 3 HOAI ist wie folgt zu berücksichtigen:

10.4 Vergütung bei Unterschreitung der Tafelwerte

Unterschreiten die anrechenbaren Kosten die Eingangstafelwerte des § 40 HOAI, werden die Leistungen wie folgt vergütet:

10.5 Vergütung bei Überschreitung der Tafelwerte

Überschreiten die anrechenbaren Kosten die Tafelwerte des § 40 HOAI, werden die Leistungen wie folgt vergütet:

10.6 Folgende Honorarzonen im Sinne der § 40 HOAI in Verbindung mit der Anlage 11.2 HOAI werden der Honorarermittlung zugrunde gelegt:

Bezeichnung des Bauwerks	Honorarzone

10.7 Honorarsätze

Als Honorarsatz wird der Basishonorarsatz der Honorartafel nach

§40 HOAI vereinbart

zuzüglich v.H. der Differenz zum Höchstsatz der vereinbarten Honorarzone

10.8 Die Grundleistungen gemäß § 6 des Vertrages werden wie folgt bewertet:

Grundlagenermittlung	v.H./psch.
Vorplanung	v.H./psch.
Entwurfsplanung	v.H./psch.
Genehmigungsplanung*	v.H./psch.
Ausführungsplanung*	v.H./psch.
Vorbereitung der Vergabe*	v.H./psch.
Mitwirkung bei der Vergabe*	v.H./psch.
Objektüberwachung und Dokumentation*	v.H./psch.
Objektbetreuung*	v.H./psch.
(*) optional	insgesamt: v.H./psch.

Auf das Gesamthonorar der Grundleistungen gem. § 10, Nrn. 10.1 und 10.2 sowie 10.5 bis 10.7 wird ein Zu- oder Abschlag vereinbart:

Leistungen bei Freianlagen zuzüglich (+)/ abzüglich (-) v.H.
v.H.
v.H.
v.H.

Dieser Zu- oder Abschlag ist auch im Rahmen der § 10, Nrn. 10.10 bis 10.12 zu berücksichtigen.

10.9 Die besonderen Leistungen gemäß § 6 dieses Vertrages werden wie folgt bewertet bzw. honoriert:

Grundlagenermittlung	v.H./psch.
Vorplanung	v.H./psch.
Entwurfsplanung	v.H./psch.
Genehmigungsplanung*	v.H./psch.
Ausführungsplanung*	v.H./psch.
Vorbereitung der Vergabe*	v.H./psch.
Mitwirkung bei der Vergabe*	v.H./psch.
Objektüberwachung und Dokumentation*	v.H./psch.
Objektbetreuung	v.H./psch.
Bei Umbauten und Modernisierungen gem. 6.10	v.H./psch.
(*) optional	insgesamt: v.H./psch.

10.10 Verzögert sich die Bauzeit wesentlich durch Umstände, die der AN nicht zu vertreten hat, so ist für die Mehraufwendung eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 % der festgelegten Ausführungszeit, maximal 6 Monate, ist durch das Honorar abgegolten.

10.11 Das Honorar für das Anfertigen der Bestandszeichnungen nach § 5, Nr.5.7.3 wird entsprechend dem Arbeitsaufwand einschließlich eventueller Nebenkosten als Pauschale vereinbart, sobald diese Teilleistung in Auftrag gegeben wird.

10.12 Ordnet die AG weitere Leistungen an, die im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand erfordern und die nicht über die v.H.-Sätze honoriert werden können, erhält der AN dafür ein zusätzliches Honorar, wenn er vor Ausführung der Leistung durch Vorausschätzung des Zeitaufwandes und unter Zugrundelegung der vereinbarten Stundensätze ein annehmbares Honorarangebot unterbreitet hat.

Es gelten dann folgende Stundensätze:

- für den AN EUR/Std.
- für den Mitarbeiter EUR/Std.
- für technische Zeichner und sonstige Mitarbeiter mit vergleichbarer Qualifikation, die technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllen EUR/Std.

10.12.1 Gelingt dem AN durch eigene besondere Leistungen, die zu den beauftragten Leistungen hinzutreten, unter Ausschöpfung der technisch-wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten ohne Verminderung des Standards eine Unterschreitung der vereinbarten Kostenobergrenze von mehr als v.H., erhält er ein Erfolgshonorar in Höhe von v.H. bezogen auf das vereinbarte Honorar insgesamt.

10.12.2 Bei Überschreitung der vereinbarten Kostenobergrenze von mehr als v.H., wird ein Malus-Honorar in Höhe von v.H. des vertraglich vereinbarten Honorars durch AG einbehalten.

10.13 Auftrag für mehrere Objekte (§ 11 HOAI)

§ 11 Nebenkosten

11.1 Die Nebenkosten nach § 14 HOAI werden:

insgesamt mit v.H. vom Nettohonorar erstattet

insgesamt pauschal zum Festpreis in Höhe von EUR erstattet

mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten Kosten, die auf Einzelnachweis zusätzlich erstattet werden, pauschal mit v.H. vom Nettohonorar erstattet

Die Nebenkosten werden ausschließlich auf Einzelnachweis erstattet.

Soweit Nebenkosten pauschal oder zum Einzelnachweis erstattet werden, sind sie gemäß Anlage aufzuschlüsseln.

11.2 Bei Erstattung von Reisekosten auf Einzelnachweis ist das Landesreisekostengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen anzuwenden.

Die Erstattung der Reisekosten ist unter Beifügung der Originalbelege innerhalb einer Ausschlussfrist von 6 Monaten schriftlich geltend zu machen.

Die Reiseunterlagen werden vom AN beschafft.

11.3 Soweit Nebenkosten pauschal oder zum Einzelnachweis erstattet werden, sind sie netto (ohne Umsatzsteuer) anzusetzen.

11.4 Sonstige / weitere Nebenkostenvereinbarungen:

§ 12 Rechnungsprüfung / Erstattungen

Die Ausgaben der AG unterliegen der Rechnungsprüfung durch örtliche und überörtliche Prüforgane. Die Rechnungsprüfung kann auch erst nach Ablauf mehrerer Jahre durchgeführt werden.

Der AN muss bis zum Ablauf der Verjährungsfrist für die Erstattung von Überzahlungen damit rechnen, dass er auf Erstattung der überzahlten Beträge in Anspruch genommen werden kann.

Berechnet der AN seine Vergütung aufgrund von anrechenbaren Kosten, die ihm die AG angegeben hat, ist der AN zur Überprüfung der anrechenbaren Kosten berechtigt; der AN kann an einem von der AG zu bestimmenden Ort Einblick in die für die Prüfung erforderlichen Unterlagen nehmen. Der AN kann sich nicht darauf berufen, dass er auf die Richtigkeit der ihm angegebenen anrechenbaren Kosten vertraut hat, wenn von ihm Überzahlungen zurückgefordert werden.

Im Falle der Überzahlung hat der AN den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen zu zahlen. Die Höhe richtet sich nach § 288 Abs. 2 BGB über dem Basissatz des § 247 BGB in der zum Zeitpunkt des Verzugesintritts gültigen Fassung.

§ 13 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

Die Leistung ist von der Umsatzsteuer befreit.

§ 14 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

- 14.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen

für Personenschäden mindestens 5,0 Mio EUR
für sonstige Schäden mindestens 5,0 Mio EUR

betragen.
- 14.2 Der AN ist verpflichtet, die Versicherung bis zum Ablauf seiner Gewährleistungsfrist aufrecht zu erhalten.
- 14.3 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers den Versicherungsschutz im vereinbarten Umfang nachzuweisen. Weist der Auftragnehmer den Versicherungsschutz nicht innerhalb von zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber nach, ist der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 15
Ergänzende Vereinbarungen

Auftraggeberin:

Stadt Bochum

Auftragnehmer:

Bochum, den

, den

Unterschrift

Unterschrift

Erklärung des Auftragnehmers:

Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir meinen/unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Sozialabgaben nachgekommen bin/sind.

, den

Rechtsverbindliche Unterschrift des Auftragnehmers